





# Rede Plenum



## **Eckhardt Rehberg**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

 (030) 227-75613

 (030) 227-76570

 eckhardt.rehberg@bundestag.de  
 www.eckhardt-rehberg.de

Donnerstag, 17. Dezember 2009

### **Rede zur Privatisierung von Bundeseigentum (BVVG)**

14.a) Beratung Antrag SPD

Übertragung der bundeseigenen Seengewässer auf die neuen Länder  
- Drs. 17/238 -

14.b) Beratung Antrag DIE LINKE.

Keine Privatisierung von Äckern, Seen und Wäldern  
- Drs 17/239 -

### **Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe wirklich den Eindruck, dass einige Kolleginnen und Kollegen an einem ungeheuren Gedächtnisschwund leiden. Wenn die SPD in der Begründung ihres Antrages schreibt: „Ein weiterer Verkauf der noch nicht übertragenen Flächen in den neuen Bundesländern lässt befürchten, dass Badestellen, Stege und Wasserflächen nicht mehr durch Touristinnen und Touristen oder Anglerinnen und Angler genutzt werden können sowie das Fischereigewerbe beeinträchtigt wird“, dann frage ich mich ganz besorgt, Herr Kollege Hacker: Was hat sich in den letzten sechs Monaten geändert?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Parlamentarische Staatssekretär Karl Diller beantwortete am 15. Juni 2009 die Frage: „Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, um die zum Verkauf stehenden Seen in den neuen Ländern als öffentliches Allgemeingut zu erhalten?“ der Kollegin Reiche von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie folgt - ich zitiere -:

Die Bundesregierung hält eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen nicht für erforderlich.

Weiter wird dann ausgeführt, dass alles in Ordnung sei.

Oder: In der Debatte am 28. Mai 2009 im Deutschen Bundestag führte der Kollege Ernst Bahr aus Neuruppin unter anderem aus:

Es ist erfreulich, dass sich die Ziele des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den bestehenden Regelungen zur Gewässerprivatisierung decken.

Weiter formulierte er, ihm sei kein Problemfall bekannt, und er sehe keinen Handlungsbedarf.

(Zurufe von der CDU/CSU: Hört! Hört!)

Verlogener, Herr Kollege Hacker, geht es wirklich nicht.

(Abg. Hans-Joachim Hacker (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Sie führen hier doch einen politischen Mummenschanz, eine politische Show auf, nicht mehr aber auch nicht weniger.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zu Ihnen, Frau Kollegin Behm. Wandlitz wurde 2004 privatisiert. Das ganze Verfahren mit der Kommune, ebenso der fischereiwirtschaftlichen Nutzung fand davor statt. Im Jahre 2004 ist auch das Land Brandenburg eingebunden gewesen. 2004 hat Rot-Grün regiert. Warum haben Sie bei der Änderung des EALG im Jahre 2001, wenn Ihnen die Seen so wichtig gewesen sind, nicht darauf gedrungen, dass sämtliche Seen in Eigentum des Bundes unentgeltlich auf die Länder übertragen werden?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das haben Sie zum damaligen Zeitpunkt nicht getan, und Wandlitz war im Jahre 2004.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege Rehberg, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hacker.

**Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):**

Herzlich gerne, Herr Präsident.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte schön, Herr Hacker.

**Hans-Joachim Hacker (SPD):**

Lieber Herr Kollege Rehberg, haben Sie den Pressemeldungen entnommen und zur Kenntnis genommen, dass diese Frage gerade in den letzten Monaten in den betroffenen Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern hochgekommen ist

(Burkhardt Müller-Sönksen (FDP): Brandenburg ist doch dieses Stasi-Land, oder?)

und dass der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, in Schwerin, vor diesem Hintergrund über diese Frage diskutiert hat? Ich möchte dies mit der Feststellung untermauern,

(Wolfgang Zöllner (CDU/CSU): Keine Feststellung! Frage!)

dass der Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Koschyk auf eine entsprechende Anfrage geantwortet hat:

Die Bundesregierung hat den betroffenen Ländern ein Gesprächsangebot zu den Seen unterbreitet.

Vor diesem Hintergrund halte ich die Situation, wie sie jetzt ist, für anders als vor einem Jahr. Deswegen ist es notwendig, dass wir -

(Hellmut Königshaus (FDP): Was ist die Frage? - Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Wo bleibt die Frage?)

- die Praxis der Privatisierung verändern, Herr Kollege Rehberg. - Ist Ihnen das bekannt?

(Heiterkeit)

**Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):**

Herr Kollege Hacker, weil Sie sich vom BUND, Linken und Grünen unter Druck gesetzt gefühlt haben, sind Sie auf diesen Zug aufgesprungen.

In den letzten Monaten hat sich an der Situation außer der Problematik Wandlitz, was aber auch mit ehemals gültigem Landesrecht etwas zu tun hat, nichts, aber auch gar nichts geändert. Wissen Sie, was der Antrag von SPD und CDU im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist? Er könnte möglicherweise auch als eine Art Aufforderung zum Rechtsbruch gegenüber der Bundesregierung verstanden werden; eine Aufforderung, sich an gesetzliche Grundlagen, an denen Sie übrigens persönlich - am 17. Juni 1990 und bei der Verabschiedung des Einigungsvertrages in der Volkskammer - maßgeblich mitgewirkt haben, nicht mehr zu halten.

(Abg. Hans-Joachim Hacker (SPD) nimmt Platz - Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Aufstehen! - Steffen Kampeter (CDU/CSU):  
Die Frage wird noch beantwortet!)

Eine zweite Anmerkung. Sie haben einen Teil der Antwort, die der Parlamentarische Staatssekretär Koschyk gestern gegeben hat, vergessen. Er hat nämlich vorab gesagt, dass das Land Brandenburg - und man kann das Land Mecklenburg-Vorpommern mit einschließen - von sich aus nicht aktiv geworden ist. Ganz im Gegenteil: Der Bund ist auf die Länder zugegangen und hat ihnen ein Gesprächsangebot unterbreitet.

(Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Aufstehen!)

- Herr Kollege Hacker, ich bin immer noch bei der Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP - Hans-Joachim Hacker (SPD): Ach so! - Abg. Hans-Joachim Hacker (SPD) erhebt sich wieder von seinem Platz)

Das gehört alles noch zusammen.

(Iris Gleicke (SPD): Das war nicht erkennbar!)

- Aber doch!

Wenn die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wirklich an einer sachgerechten Lösung interessiert sind, dann müssen sie, wenn es Probleme im Land gibt, auf den Bund zugehen, um Gespräche bitten und in Verhandlungen eintreten. Staatssekretär Gatzert hat mit Schreiben vom 16. Dezember den Ländern Gespräche angeboten. Das heißt, der Bund ist initiativ geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Was Sie hier machen und auch der Landtag - ich schliesse meine Kolleginnen und Kollegen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit ein -, so geht man miteinander nicht um, wenn man ein Problem lösen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehen wir uns die gesetzlichen Grundlagen an: Das Treuhandgesetz wurde von der Volkskammer verabschiedet, die SPD hat zugestimmt. Der Einigungsvertrag wurde von der Volkskammer verabschiedet, die SPD hat zugestimmt. Wenn Sie jetzt für eine unentgeltliche Übertragung der bundeseigenen Seengewässer auf die neuen Länder plädieren, muss man die Frage stellen: Was machen Sie mit denjenigen, die die 14 000 Hektar, die bisher veräußert wurden, erworben haben,

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Hört! Hört!)

und was machen Sie mit den Flächen, die an Naturschutzverbände übertragen worden sind? Soll der Bund das alles zurückzahlen, oder wollen Sie eine Flut von Schadenersatzprozessen riskieren?

(Hans-Joachim Hacker (SPD): Das ist doch völlig unbegründet!)

- Natürlich ist das begründet: Wenn der gleiche Sachgegenstand zu zwei völlig verschiedenen Werten veräußert wird, ist es doch begründet, dass der, der viel mehr dafür bezahlt hat, Schadenersatzansprüche stellt. Wir leben doch in einem Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was Sie vorschlagen, ist keine Lösung. Eine Lösung wurde zum Beispiel im Jahr 2007 - übrigens unter einem SPD-geführten Bundesfinanzministerium - mit dem Freistaat Sachsen gefunden, und zwar eine Lösung in Form einer Gewässerrahmenvereinbarung für die bergbaulichen Gewässer im Freistaat. Kollege Brackmann hat das angedeutet. Aus meiner Sicht heißt die Lösung: Man setzt sich miteinander hin und spricht über die Werte, die gutachterlich festgestellt werden können.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Man kann auch Paketverkäufe machen!)

Dann kann man sich zum Beispiel darüber unterhalten, in welcher Art und Weise die Werte in der Zeitabfolge übertragen werden können. Ein Flächentausch kann vorgenommen werden. Es ist übrigens so, dass der Hektar Acker im Schnitt in etwa das 15-Fache wert ist wie der Hektar See.

Vor einem warne ich: vor unentgeltlicher Übertragung. Ich bin schlichtweg dagegen. Denn wenn man unentgeltliche Übertragung präferiert, heißt das, dass eine Übertragung im Augenblick nur an Naturschutzverbände möglich ist. Meine Erfahrungen mit Naturschutzverbänden sind eher so, dass als Erstes Klagen kommen von Wassersportlern, als Zweites Klagen kommen von Gelegenheitsbesitzern von Bootshäusern, als Drittes Klagen kommen von Fischern, weil die Naturschutzverbände das Ganze nämlich sehr restriktiv handhaben. Deswegen schlagen wir Ihnen den folgenden Weg vor: Bund und Länder reden miteinander, es gibt einen fairen Interessenausgleich,

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Bürgernah!)

und es wird festgeschrieben, dass die Länder die Seengewässer nicht einfach an Dritte weiterverkaufen können; denn diese Gefahr besteht auch noch. Dieser Weg ist vernünftig und gangbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der SPD, aus meiner Sicht haben Sie sich heute ein gravierendes Eigentor geschossen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)